

Initiativantrag VVN-NEU

Solidarität mit der VVN-BdA!

Den Angriff auf den organisierten Antifaschismus abwehren!

Antragsteller*innen: Brigitte Freihold, Katrin Werner, Alexander Ulrich und Jochen Bülow

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz solidarisiert sich mit der Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fordert den Bundesfinanzminister auf, durch eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, die Existenz und Arbeit der VVN-BdA und anderer gemeinnütziger Organisationen zu sichern.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fordert die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA auf Bundesebene und in den Ländern!

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fordert, dass das Engagement von Personen, Gruppen und Organisationen, die die Gesellschaft gegen rassistische, antisemitische, nationalistische und neofaschistische Angriffe verteidigen, unterstützt und nicht be- oder gar verhindert wird!

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Begründung:

Die Vereinigung wurde von Überlebenden der deutschen Konzentrationslager nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet. Sie hat in den vergangenen Jahrzehnten mit ihrer Arbeit Generationen junger Menschen in Deutschland sozialisiert, politisiert und für ein gemeinsames gesellschaftliches Engagement gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus motiviert.

Der Angriff auf die VVN-BdA fällt in eine Zeit, in der nur wenige starke antifaschistische Strukturen existieren, die dem zunehmenden gesellschaftlichen Rechtsruck begegnen. Die VVN-BdA ist aktuell die wahrnehmbarste von ihnen, die geprägt ist durch Kontinuität, Verbindlichkeit und Mobilisierungspotential.

Seit Jahrzehnten richten sich die diffamierenden und kriminalisierenden Einschätzungen und Einschüchterungsversuche durch Verfassungsschutzämter und Polizei gegen die VVN-BdA.

Der Entzug der Gemeinnützigkeit ist nach den jahrelangen Versuchen der Kriminalisierung durch Verfassungsschutz und Polizei, ein weiter Angriff mit anderen Mitteln auf das antifaschistische Engagement der VVN-BdA. So drohen nicht nur hohe Steuernachzahlungen. Die VVN-BdA darf auch keine Spendenbescheinigungen mehr ausstellen. Außerdem fallen Fördergelder weg, die an die Gemeinnützigkeit gebunden sind.

Das Agieren ausgerechnet von einem SPD-Minister ist ein Schlag ins Gesicht aller Nazi-Opfer und all derjenigen Sozialdemokraten wie Otto Wels und Willy Brandt, die sich dem deutschen Faschismus entgegenstellten. Wer in Zeiten des Naziterrors, versucht die Arbeit von Antifaschisten zu erschweren hat jeden moralischen und politischen Kompass verloren.